Jahrgang 2 Nummer 37

Räte-Zeitung

Preis 40 Pfg.

Für das Proletariat — Berlin NW 6, Luisenstraße 28 — Für die Dritte Internationale

Fernsprecher: Redaktion, Amt Norden 4122.
Die Räte-Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Der Bezugspreis beträgt zu uns Haus durch Boten oder durch Postbestellung 1,60 Mark für den laufenden Monat, 4,80 Mark für ¼ Jahr. Die Räte-Zeitung kann bei jeder Postanstalt bestellt werden.

Organ der Interessengemeinschaft d. Auswandererorganisationen nach Sowjet-Rußland und der Erwerbslosenräte Deutschlands
Für Berlin, Vororte und für außerhalb Preis 40 Pfg.

Fernsprecher: Verlag und Inseratenannahme, Amt Norden 4133.
Inserate kosten die achtgespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum M. 2.00 die Reklamezeile M. 6.—, Vorzugsanzeigen das fettgedruckte Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Teuerungszuschlag 25 %. Inserate für die folgende Nummer müssen bis Freitag abend 6 Uhr beim Verlag aufgegeben sein. Versammlungsanzeigen ohne Teuerungszuschlag.

Wie entstand die russische Revolution?

Noch immer herrscht fast völlige Unklarheit über die Entstehung der ökonomischen Revolution Rußlands. Man will diese Revolution als einen Gewaltakt, veranlaßt und geleitet von einer kleinen Gruppe, hinstellen. Wer die Dinge kennt, weiß, daß das nicht der Fall ist, daß vielmehr die russische Revolution eine durchaus organisch gewordene, aus den Notwendigkeiten geborene Bewegung und Machtergreifung gewesen ist. Die objektive und historische Betrachtung des Werdeprozesses der russischen Revolution ist unbedingt notwendig, wenn man die Frage „Anschluß an die 3. Internationale?" entscheiden will. Denn aus der ökonomischen Revolution ist die 3. Internationale naturnotwendig geworden. Alles, was man der 3. Internationale vorwirft, müßte man logisch auch der Entwicklung vorwerfen. Erkennt man die Entwicklung als notwendig an, so muß man auch die 3. Internationale als notwendige Form anerkennen.

Die Dritte Internationale ist organisch geworden

Wir beginnen deshalb heute mit dem Abdruck des geschichtlichen Kapitels aus dem bei Ernst Rowohlt, Berlin, erschienenen Buch des Genossen Alfons Goldschmidt „Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Rußlands".

Gold und Land.

Man kann sagen: im Jahre 1897 begann die russische Revolution. Man kann weiter zurückgehen, ich weiß es wohl. Aber 1897 scheint mir ein Einschnittsjahr zu sein, ein Jahr der Sichtbarmachung des Kampfes. Noch nicht des proletarischen Kampfes, des offenen proletarischen Kampfes gegen den russischen Imperialismus und Kapitalismus, aber des Kampfes der beiden großen kulturökonomischen Parteien, der nach Westeuropa gerichteten Industrialisierungs- und Finanzierungspartei mit der Partei der ökonomischen Nationalisierung im Sinne einer besseren Ausnutzung eigener Kräfte und Reichtümer. 1893 wurde Witte Finanzminister, 1897 führte er den Goldzoll ein. Wittes Grundprogramm war: Ausnutzung der europäischen Finanzierungskraft zur Hochzüchtung der russischen Industrie und der russischen Landwirtschaft. Auch er wollte mehr als bisher die Nationalkräfte nutzen, aber seine Methode war der rationalen Standortsmethode, die die Gegenpartei wollte, feindlich. Seine Methode bedeutete kapitalsimperialistische Anwendung vom Standort. Hier war die Hauptursache des Konfliktes.

Sein Hauptmittel war das Gold, die Goldwährung, die Goldzentralisation. Gold bezeichnet in der modernen Wirtschaftsentwicklung den Kampf Land — Stadt, den Kampf gegebener Standort oder nationaler Standort — kapitalistische Rentabilitätspolitik. Die Geldwirtschaft, von England ausgehend, das heißt die Goldgeldwirtschaft, war nicht nur antiagrarische Wirtschaft, sondern auch antinationale Industriewirtschaft. Das Gold suchte den Markt und weniger die Produktionsquellen. Die Goldgeldwirtschaft ist mehr eine Abfuhrwirtschaft als eine natürliche Erzeugungswirtschaft gewesen. Ihre Zersetzung, vielleicht Vernichtung durch den Krieg bedeutet, wie der Krieg überhaupt, Rückkehr zur nationalen Quellenwirtschaft. Man muß Witte und Kokowzow einen Zang zur antinationalen Goldgeldwirtschaft zugestehen, einen Zwang, verursacht durch die europäische Politik und ihre Bündniskonstellationen. Verursacht durch die ganze kapitalistische Absatztendenz, die Warentendenz der europäischen Wirtschaft. Diese Goldgeldpolitik war einerseits eine auf das internationale Kapital und seine Kreditbereitschaft gerichtete Finanzpolitik, andererseits eine gegen das internationale Finanzierungskapital gerichtete Schutzzollpolitik. Jedenfalls war sie unorganisch. Die rasche Aufzüchtung einer großkapitalistischen Industrie bedeutete nicht nur die Vernachlässigung des gegebenen Standortes, sie bedeutete auch die Weiterverelendung der Bauern, der Urkraft Rußlands. Denn die Finanzierung aus dem Westen mußte bezahlt werden und wurde bezahlt mit Agrarexport auf Kosten der Lebenshaltung und Kraft des Bauern. Daran änderten auch die Meliorationen, die Kreditmaßnahmen und sonstigen Intensivierungsversuche in der Landwirtschaft nicht viel. Jerofkin berechnete den Gesamtwert der landwirtschaftlichen Erzeugung Rußlands aus 1913 auf 9 Milliarden Rubel. Mit diesen 9 Milliarden sollte die Ernährung, Kleidung, Viehfütterung, das Saatgut für 25 Millionen Deßjatinen sowie die Abgaben an die Industrie und an den Staat bezahlt werden. Die russische Landwirtschaft zahlte allein für Industrieerzeugnisse einen Aufschlag von fast 1,7 Milliarden Rubeln jährlich. Der Bauer verlaufte daher seine Kraft. Die Bauernkraft Rußlands ging wesentlich ins Ausland. Das Resultat war eine unorganische Industrie, eine unorganische Transportwirtschaft. Es war eine Hineindrängung des russischen Budgets in Kromptransaktionen: Schutzzollpolitik und Branntweinmonopol. Nach außen glänzte dieses Ergebnis als das sogenannte Goldbudget in Riesenhöhe von 3¼ Milliarden Rubel. Von 1892 bis 1910 stieg die Roggenausfuhr Rußlands von 12 Millionen auf über 40 Millionen Pud, während der Ernteertrag von 46 Pud auf 43 Pud pro Deßjatine sank. Dieses unerhörte Mißverhältnis charakterisiert die Unhaltbarkeit der Wittescheen Industriepolitik, der nach Westen gerichteten Goldgeldpolitik Rußlands.

Die sogenannte Goldwährung Rußlands, das heißt die Aufspeicherung von Gold in Staatsbank und Reichsrentei war keine gewachsene Währung, sondern eine gepfropfte Währung. Es war überhaupt keine Goldwährung, sondern eine Goldzentralisierung, eine Goldstapelung aus Anlockungsgründen. Es war ein Versuch, den Kredit Rußlands im Auslande zu erweitern und zu festigen. Dieser Versuch gelang — zum Schaden Rußlands. Witte und Kokowzow brachten ihre Anleihen unter, wobei ihnen Bündnishoffnungen, Kriegsängste, Provisionshaischerei und Kurzsichtigkeit halfen. Das Budget stand nicht auf dem breiten Lande. Das war der Fehler. Ein durch die kapitalsimperialistische Entwicklung mit ihren Rüstungserfordernissen verursachter oder erzwungener Fehler, aber ein Grundfehler, ökonomisch gesehen. In einer Zeit, da die Ueberreifrei des Handels- und Rentabilitätskapitals schon das Ende der unorganischen Finanzierungsperiode ankündigte, begann Rußland, sich der abstirbenden Finanzierungsmethoden zu bedienen.

Aus jener Politik folgte eine selbstverständliche Wandlung des sozial-seelischen Zustandes. Die russische Heimindustrie, das russische Handwerk begehrten auf. Zur Zeit der Errichtung einer russischen Handelskammer in Paris machten die Handwerkerorganisationen Sturmvorbereitungen. Dies ist kennzeichnend: Errichtung einer russischen Handelskammer in Paris und ungefähr zur gleichen Zeit Aufbegehren des russischen Handwerks. Die ersten entwicklungsbezeichnenden und wetterankündigenden Arbeiterbewegungen fanden statt. Der Haß gegen den Händlergeist kam auf, explodierte. Etwa von 1900 an kam die Fabrikarbeiterbevölkerung nicht mehr zur Ruhe. Bauernunruhen, aus Hungersnöten entstanden, erschütterten das Land und die Landwirtschaftliche Produktion. Der Großgrundbesitz kam mehr und mehr ab von seinen Erzeugungspflichten. Die Agrarreform, die Ouvertüre einer neuen Knechtschaft, einer kapitalistischen Knechtschaft, einer Goldknechtschaft (Kulak*) hatte den Adel geldreich und produktionsabwendig gemacht. Die Zeit der Mobilisierung des immobilen Kapitals war angebrochen. Es war zugleich die Zeit der unorganischen Industrialisierung, die Zeit der sozial-seelischen Wandlung. Es war die Zeit der Umsiedelung in Sibirien, der furchtbaren Pogrome (Kischinew April 1903), der erfolglosen Meliorationsmaßnahmen, der Studentenkomplotte, der Streiks und der beginnenden revolutionären Organisation des russischen Proletariats. Die Sozialseele Rußlands gärte schon.

Man fälscht den Geist der russischen Revolution

Im Zusammenhang mit jener Wandlung brach der Russisch-Japanische Krieg aus. Es war ein kapitalsimperialistisches Ventil- und Expansionskrieg. Die bürgerlichen Gegenkräfte forderten nun Milderung des Absolutismus durch eine Volksvertretung, die Großbewegung des Proletariats nahm ihren Anfang. Zunächst mit wirtschaftlichen, dann mit politischen Forderungen. Der Siedepunkt dieser Ereignisse war die Januardemonstration der Petersburger Arbeiter vor dem Winterpalais (1905) und die brutale Niederkartätschung des Proletariats. Trepow wurde mit Diktaturvollmachten ausgestattet, der Zar rief die „Gutgesinnten" zur Einigung gegen äußere und innere Feinde auf, die Duma trat zusammen und die Partei der Volksfreiheit hielte die bekannten Agrarforderungen an den Zaren (Aufteilung der Domänen und des privaten Großgrundbesitzes zugunsten der Bauern). Diese Forderungen bedeuteten die Zuspitzung und Präzisierung jenes Kampfes der ökonomischen Quellenkräfte Rußlands mit der unorganischen kapitalsimperialistischen Industriefinanzierungspolitik. Man versteht die russische Revolution nicht, wenn man diesen Kampf nicht begreift.

Zusammengefaßt: das revolutionäre Industrieproletariat war der Ausdruck der unsinnigen Goldwährungspolitik, der abgerissenen Goldgeldpolitik Wittes und Kokowzows (von früherem abgesehen) und die Agrarforderungen waren ebenfalls der Ausdruck einer Bewegung, die zu den Quellen wollte. Somit war die ökonomische Revolution Rußlands vorbereitet. Das Industrieproletariat wie die Bauern waren verelendet durch eine überhitzte Industriebevorzugung, durch eine kapitalsimperialistische Abwendung von den Landesbedingungen. Dieser schwere Fehler, der allerdings ein privatwirtschaftlicher Entwicklungsfehler war, konnte durch die Gewährung sogenannter Volksrechte, durch Arbeiterschutzgesetzgebung, durch leise Agrarreformen und dergleichen nicht gutgemacht werden. Die ökonomische Not des Proletariats herre die sozialseelische Entwicklung schon so weit vorgetrieben, daß der ersten Revolution stärkere Revolutionen folgen mußten.

Selbstverständlich waren die Symptome jener kapitalistischen Entwicklung, Börsenagiotage, Wucher und dergleichen vorhanden. Die Provisionisten wurden fett an jener unorganischen Finanzierungspolitik. Je mehr das zur Wechselwanderung (Landbau — Industrie und zurück) gezwungene Proletariat verelendete, um so fetter wurden die Finanzierungsprovisionisten.

Nach dem Russisch-Japanischen Kriege, etwa 1907, wurde die Hochzüchtungsentwicklung von einer Brache unterbrochen. Die Absatzkrise war so erheblich, daß beispielsweise die russische Textilindustrie kaum noch einen Markt hatte. Viele Techniker waren ohne Arbeit. Seit 1908 bewegte sich die Krankheitskurve (sogenannte Hochkonjunktur) wieder aufwärts. So schnell aufwärts, daß die russische Produktion weit hinter den Erfordernissen zurückblieb. 1910 schon mußte Rußland ungefähr 10 Millionen Pud Gußeisen einführen. Die Industrialisierung entfernte sich immer mehr von den Quellen und wurde immer abhängiger vom Auslande, das heißt sie wurde immer kapitalsimperialistischer.

1912 schon trieb die russische Wirtschaft schnell einer Katastrophe entgegen. Die Kardinalschwierigkeiten entstanden auf dem Transport- und Brennmaterialgebiet. Die Expansion der Industrie galoppierte derart, daß die Brennstoffproduktion nicht mitkommen konnte, und der Metallbedarf war viel größer als die eigene Deckungsmöglichkeit. Jährlich wuchs der Brennmaterialbedarf um mindestens 6 %. Es herrschte Kohlennot, Eisennot und Transportverzögerung.

Bei der rasenden Intensivierung der Industrie, besonders der metallurgischen Industrie, war die Gesamtkohlenproduktion nur von 1,4 Milliarden Pud im Jahre 1911 auf 1,6 Milliarden Pud im Jahre 1912 gestiegen. Die rasche Industrialisierung hatte eine außerordentliche Belastung der Transportwege zur Folge. Die Kohle konnte nicht mit. Einem Bedarf an Donezkohle von 1,7 Milliarden Pud im Jahre 1913 stand nur eine Forderung von 1,5 Milliarden gegenüber. Das russische Handelsministerium mußte daher die zollfreie Einfuhr von Steinkohle für den Bedarf der Staats- und Privatbahnen beantragen. Ein Gesetz (vom 4. Juli 1913) gestattete diese Einfuhr für die Dauer eines Jahres. Von 1911 bis 1913 stieg die gesamte Steinkohleneinfuhr Rußlands von 275 Millionen Pud auf 468 Millionen Pud oder dem Werte nach von 33 auf über 75 Millionen Rubel. Nach der deutschen Statistik lieferte Deutschland im Jahre 1911 ungefähr 78 Millionen Pud, im Jahre 1913 über 128 Millionen Pud Steinkohlen nach Rußland. Hinzu kamen noch ungefähr 43 Millionen Pud bzw. 59 Millionen Pud Koks. Infolge der preistreibenden Politik des russischen Kohlenindikates „Produgol" war schließlich der Bezug englischer und französischer Kohle für die Petersburger metallurgische Industrie wohlfeiler als der Bezug von Donezkohle. Die russische Industrie und die russischen Eisenbahnen kamen demnach zur Kohlenindustrie des eigenen Landes in den gefährlichen Gegensatz: hohe Versorgungsanforderungen, geringes Produktangebot. Im Kriegsfalle mußte dieser Gegensatz sich zur Krise verschärfen. Die Regierung suchte durch Herabsetzung der Frachttarife den Widerstruch zu mildern, aber es gelang nicht. Man hatte eben keine Quellenpolitik, sondern eine hastige und einseitige Rüstungs- und Rentabilitätspolitik getrieben.

Ihr müßt den Blick nach Osten wenden

Auch der Eisenbedarf eilte erheblich über die Produktion hinaus. Von 171 Millionen Pud im Jahre 1908 war die Roheisenproduktion auf 225 Millionen Pud im Jahre 1913 gestiegen, die Produktion von Halbfabrikaten von rund 175 Millionen Pud auf 317 Millionen Pud, die Produktion von fertigem Eisen und Stahl von 148 Millionen Pud auf 262 Millionen Pud. Aber das genügt bei weitem nicht. 1911 gestattete ein Gesetz die Einfuhr ausländischen Roheisens zu ermäßigten Zollsätzen. Diese Erlaubnis wurde zwar kräftig ausgenutzt, aber die Eisennot blieb. Die Hüttenwerke sowie die Walzwerke lieferten längst nicht mehr zu den vereinbarten Terminen ab. Ende 1913 ließen sich die Roheisenlieferanten überhaupt nicht mehr auf feste Lieferungstermine ein. Die Privatbahnen erhielten einen großen Teil des Materials mit einer Verspätung von 7 Monaten. Im Jahre 1913 fast die Hälfte der bestellten Schienen. Auch die Staatsbahnen klagten über Verschleppung. Es herrschte zwar Hochkonjunktur in der russischen Eisen- und Stahlindustrie, aber diese Hochkonjunktur war eine Gegenschrankheit wie die Kohlenhochkonjunktur. Das Industrialisierungsfieber hatte die russische metallurgische Industrie in eine sehr gefährliche Situation hineingerafft.

Mit diesem Widerspruch war selbstverständlich das Verkehrsproblem Rußlands nicht zu lösen. Man wollte die eigenen Quellen aufschließen, kam aber mit den Eisenbahnplänen weit über die Möglichkeiten hinaus. Man wollte eine Anzahl strategischer Bahnen bauen, aber das schwerfällige Tempo der eigenen Materialproduktion verzögerte den Bau. Ein riesiges Eisenbahnprogramm war ausgearbeitet. Im nördlichen Rußland, im nordwestlichen Rußland, im Südwesten und Süden, im Kaukasus, im Zentralgebiet, in Sibirien und Zentralasien sollten neue Schienenwege gelegt oder alte gedehnt oder verdichtet werden. Aber man hatte noch nicht einmal genügend brauchbare Lokomotiven auf den alten Wegen, und man hatte auf diesen Wegen eine Materialschludewirtschaft, die abgestellt werden mußte, ehe man an den Bau neuer Linien gehen konnte. Darleihungen vom Auslande und Budgetvoranschläge, daran mangelte es nicht, aber es mangelte an Kraft und Tempo.

Rußland hatte aus imperialistischem Expansionstrieb das Ausland mehr und mehr zu seinem geldwirtschaftlichen Kolonisator gemacht, anstatt systematisch und mit eigenen Mitteln

*) russ. = Dorfwucherer.

mit vernünftiger Berücksichtigung der eigenen Möglichkeiten und Abstände die eigenen Reichtümer zu schöpfen. Je rascher dieser Prozeß lief, um so schneller drängte die Politik Rußlands zum Kriege und zur Revolution.

Von Jahr zu Jahr wurde klarer, daß das ungeheure Wirtschaftsproblem Rußland nicht auf solche Weise gelöst werden konnte. Die Geldspekulation, die Banken, die Börse gediehen zwar dabei, aber die eigentliche Produktivkraft Rußlands, das Proletariat der Industrie und der Bauern, kamen nicht vorwärts. Die Ueberholung und der Bauer, kamen des natürlichen wirtschaftlichen Organismus Rußland, sondern auch auf Kosten der lebendigen Arbeitskräfte. Der Krieg mußte diesen Widersinn verschärfen, die sozialistische Handlung beschleunigen und die revolutionäre Explosion notwendig machen.

Sieht man die Entwicklung so, wie sie hier gesehen wird, forderte die Unorganität der russischen Wirtschaft die Revolution. Forderte sie zur Rettung der Wirtschaft und bereitete sie sozialpsychologisch zur Rettung der Wirtschaft vor im Tempo ihrer Verschärfung.

Einige Zeit vor dem Kriege erschien das Finanzprogramm des Zaren, das ein Kampfprogramm gegen die Finanzierung aus dem Westen war, gegen die Goldgeldpolitik, die Kreditmethoden Wittes und Kokowzows. Es war eine Art Nationalisierungsprogramm, aber, da es ein Parteiprogramm war, ein nationalistisches Nationalisierungsprogramm. Immerhin war es ein Angstprogramm, das die Grundschiefheit der bisherigen Wirtschaftspolitik bewies. Man bejahrte dieses Programm, man begrüßte es als einen Wendepunkt, als eine Umbiegung in ein glücklicheres Reich.

Es kamen Dumaverhandlungen gegen die Spekulation, Angriffe auf die Petersburger Börsengeschäfte und Versuche, das geldverbeute Europa mit der Kurzbänderung vertraut und versöhnt zu machen. Aber es war zu spät: die Unorganität der Wirtschaft, die Verrechnung in das internationale Kreditsystem, die geldwirtschaftliche Abhängigkeit, die Triebkraft der gesteigerten Rüstungen, nicht zuletzt die Gefahr einer proletarischen Massenexplosion drängten zum Kriege. Hier soll keine Kriegsursachenuntersuchung verfaßt werden, sondern nur eine Untersuchung der ökonomischen Katastrophengründe. Auch ohne den Krieg hätte Rußland eine neue Revolution erlebt. Vielleicht später. Der Krieg war vielleicht Revolutionsbeschleuniger, Revolutionsverursacher war er nicht. Es war unmöglich, die Entwirrung der Wirtschaft bei all den Nöten und Gegensätzlichkeiten auf evolutionäre Weise durchzuführen.

Lieblichkeiten der Landarbeit

Genossen, lest

den Bericht

der vom Arbeitsamt Barmen nach Villtallen vermittelten Landarbeiterinnen.

Wir wurden vom Arbeitsamt Barmen als Mädchen für Haushalt und Landarbeit mit einem Lohn von monatlich 30 Mk. und freier Station nach Villtallen vermittelt. Bei der Vermittlung wurde uns gesagt, wer die Arbeit nicht annehme, bekomme keine Unterstützung mehr. Wir nahmen aus diesem Grunde die Arbeit an, obwohl einige von uns nicht mitwollten. Wir fuhren, etwa 38 Mädchen und 3 junge Männer von 21 Jahren, von Oberhausen ab. Transportführerin war Frl. Körner von Barmen. An Lebensmitteln bekamen wir drei Pfund Brot und ein Pfund Leberwurst mit. Abreise war Mittwoch mittag um 1 Uhr. Donnerstag vormittag 5 Uhr kamen wir in Berlin an. Berlin ab 6 Uhr morgens. Danzig an Donnerstag 2 Uhr nachts. In dieser ganzen Zeit, 37 Stunden, bekamen wir nichts. In dieser Verpflegung, nicht einmal Kaffee oder sonst ein warmes Getränk. Selbst kaufen konnten wir uns nichts, da wir kein Geld hatten, denn wir hatten vorher nur Arbeitslosenunterstützung gehabt und konnten nichts ersparen. In Danzig bekamen wir eine Grützsuppe, in Königsberg eine Tasse Kaffee. Wir kamen Freitags ½11 Uhr abends in Villtallen an. Hier wurden wir verpflegt. Das Essen war gut. Schlafen mußten wir im Arbeitsamt auf dem nackten Fußboden, ohne jede Unterlage, trotzdem wir durch und durch naß waren. Im selben Zimmer mußten mit den 38 Mädchen die drei Burschen von etwa 21 Jahren schlafen. Verpflegung bekamen wir am Morgen nicht, auch keinen Kaffe. Um 6 Uhr morgens kamen Bauern und suchten sich die ihnen passenden Mädchen aus. An Lohn wurde uns an Stelle der versprochenen 30 Mark 60 Mk. und 40 Mk. monatlich geboten. Der Leiter des Arbeitsamtes sagte zu uns, die Stellen seien gut. Wenn nicht, sollten wir wieder zurückkommen. Zwei von den Mädchen konnen auf ein Gut Samloeken. Hier wurde ihnen als Wohnung der Haushoden, zusammen mit dem Aufseher von 25 Jahren in einem Raume, angewiesen. Belästigt hat der Aufseher die Mädchen nicht. Auf dem Heuboden stand ein Bett. Es war gut, doch der Raum voller Dreck. Gelegenheit zum Aufhängen von Kleidern war nicht da. Fenster hatte der Raum nicht, so daß in dem Raume eine unerträgliche Luft herrschte. Das Essen war schlecht. Sie bekamen mittags eine Suppe aus zerkrümeltem Brot, welche ungenießbar war. Der Gutsbesitzer aß gebratenes Fleisch, Kartoffeln usw. Aus Hunger nahm sich jedes Mädchen ein Ei, welche in großen Mengen vorhanden waren, und aß es. Dafür mußten sie sich den Ausdruck „Diebinnen" gefallen lassen. Wegen dem schlechten Essen, der schlechten Wohnung, und weil sie mit dem Aufseher in einem Raume schlafen mußten, verließen die Mädchen die Stelle und gingen nach Villtallen zurück, bauend auf das Wort des Beamten im Arbeitsamt, wenn die Stelle schlecht sei, sollten sie wieder zurückkommen. Da sie ohne Geld waren, mußten sie den Weg zurück zu Fuß machen, von Montag mittag 2 Uhr bis Dienstag morgen 10 Uhr. Sie waren gezwungen, die Nacht im Freien zuzubringen. In Villtallen angekommen, trafen sie 12—14 Mädchen an, welche ebenfalls zurückgekommen waren. Diese hatten auf ihren Stellen ebensolche Erfahrungen gemacht. Zwei Mädchen war als Wohnung der Hühnerstall, den sie vorher reinmachen mußten, angewiesen worden. Es wurde den Mädchen gesagt, sie sollten die Nacht dahleiben, sie bekämen am anderen Morgen eine bessere Stelle. Sie mußten wieder im Arbeitsamt auf dem nackten Fußboden schlafen. Abends kam ein Beamter des Arbeitsamtes, ein Herr Dombrowsky, in betrunkenem Zustande ins Zimmer, suchte sich zwei von den Mädchen von 14 und 17 Jahren aus und sagte zu ihnen: sie sollten in seinem Geschäftszimmer auf dem Sopha schlafen. Die Mädchen gingen auch mit. Sie wurden dann eingeschlossen, so daß jede Verbindung zwischen diesen beiden und den anderen Mädchen aufhörte. Am anderen Morgen erzählten die beiden Mädchen folgendes: Sie hätten kaum gelegen, da sei Herr Dombrowsky zu ihnen ins Zimmer gekomme und hätte gesagt, Mädels, ihr tut mir leid, kommt mit, ich werde euch einen Freifahrschein geben, dann könnt ihr morgen nach Hause fahren. Sagt aber den anderen Mädchen nichts davon. Sagt denen, ihr hättet eine andere Stelle bekommen, ihr fahrt dorthin. Da die Mädchen nichts anderes wußten, als daß Herr Dombrowsky der Leiter des Arbeitsamtes ist, gingen sie voller Freude mit. Draußen stand der Direktor des Gefängnisses mit dem Vornamen Fritz. Die beiden Herren nahmen die beiden Mädchen mit in die Wohnung des Gefängnisdirektors, wo zwei Betten standen. Wir tranken hier die ganze Nacht, und beide machten uns unsittliche Anträge. Am Morgen mußten wir durch das Fenster in unser Zimmer klettern. Dann öffnete Herr Dombrowsky die Türen, als sei nichts geschehen, und damit die anderen Mädchen nichts merkten. Herr Dombrowsky gab uns 10 Mk., wir sollten in eine Konditorei gehen, er käme später nach und bringe uns den Fahrschein, einen Schein zum Photographieren und zum Essen in der Pension. Zu den anderen Mädchen sagte Herr Dombrowsky morgens: Ihr müßt sofort eine andere Stelle annehmen. Diese weigerten sich und wollten ebenfalls einen Freifahrschein haben, wie die beiden anderen Mädchen. Als die Mädchen dem Herrn Dombrowsky Vorhaltungen machten, warf er sie aus dem Arbeitsamt hinaus. Sie standen nun auf der Straße, ohne Geld, ohne Essen, ohne Wohnung. Auf der Straße sagte Herr Dombrowsky zu zwei Mädchen: wenn sie in einer halben Stunde keine Stelle hätten, würde er sie durch die Polizei verhaften lassen. Er rief auch einen Polizeibeamten herbei und sagte zu dem: Die Mädchen hier sind zu faul zum Arbeiten, die wollen sich hier rumtreiben, passen Sie auf die auf. Darauf gingen fünf Mädchen zum Landrat und trugen diesem die Sache vor. Der Landrat sagte, er könnte nichts machen, Dombrowsky habe schon mehr solche Sachen gemacht und sei deshalb gekündigt worden und sei nur noch kurze Zeit im Amt. Sie sollten ruhig eine andere Stelle annehmen. Die Mädchen gingen zurück zum Arbeitsamt, wo ihnen Dombrowsky sagte, wenn sie nicht sofort eine andere Stelle annähmen, kämen sie in eine Erziehungsanstalt. Aus Angst und weil ohne jede Mittel nahmen die Mädchen nochmals eine Stelle an. Hier waren dieselben Zustände wie vorher. Schlechtes Essen, schlechte Wohnung. Belästigung von Soldaten auf den Gütern, mit denen einige Mädchen nur durch eine nicht verschließbare Türe getrennt, schlafen mußten. Dann wollten die Gutsbesitzer den Mädchen das Gebäck festhalten. Sie behaupteten, sie müßten für jedes Mädchen 50 Mk. zahlen. Die Mädchen müßten erst die 50 Mark zurückzahlen, dann bekämen sie ihr Gebäck. Einige Mädchen wurden sofort wieder zurückgesandt, weil sie nicht melken konnten, und teils weil sie zu schwach waren. Als sie zurückkamen, mußten sie wieder auf dem Boden des Arbeitsamtes schlafen. Einige Mädchen liefen nun sechs Tage in Villtallen herum, ohne Essen, ohne Wohnung und ohne Geld. Sie waren aus Hunger gezwungen, sich von jungen Männern Essen usw zahlen zu lassen. Einige Mädchen schliefen auch im Arbeitsamt. Eines Abends geschah folgendes: Herr Dombrowsky nahm drei von den im Arbeitsamt schlafenden Mädchen mit, von 14, 16 und 19 Jahren. Sie gingen in ein Café, wo schon einige Herren, Freunde des Herrn Dombrowsky, saßen. Hier wurde gezecht bis drei Uhr morgens. Dann sagte Herr Dombrowsky zu der Neunzehnjährigen, sie müßte diese Nacht mit in seine Wohnung gehen. Diese weigerte sich. Da sagte Dombrowsky, wenn sie nicht mitginge, würde er die anderen Mädchen diese Nacht noch alle aus dem Arbeitsamt hinauswerfen. Da die Neunzehnjährige aber nicht mitging, nahm er sie total betrunkene mittags 6 Uhr blieb. Auch hier stellte Herr Dombrowsky Sechszehnjährige mit in seine Wohnung, welche dort bis nachunsittliche Anträge und versuchte Gewalt anzuwenden. Infolge dieser Vorkommnisse und weil die Mädchen auf der Straße öffentliches Aergernis erregten, wurden sie auf Veranlassung des Landrats von Villtallen und des Arbeitsamtes Barmen wieder nach Hause geschickt.

Wir bescheinigen dem Arbeitslosenrat Barmen, daß er diesen Bericht von uns bekommen hat und daß er der Wahrheit entspricht. Wir sind zu jeder Zeit bereit, dieses zu bezeugen.

(Unterschrift von sechs Mädchen mit Namen und Wohnung.)

(Original beim Arbeitslosenrat Barmen.)

Wir geben diesen Bericht ohne jeden Kommentar.

Arbeitslosenrat Barmen.

Wahrheiten

Deutschland wird in Brüssel von der Deutschen Bank vertreten. Das heißt: die Deutsche Bank ficht in Brüssel für ihre Interessen.

Die Kriegslast beginnt erst jetzt gewaltig zu drücken. Bis jetzt stieg die Preiskurve nur sanft an. Die höchste Höhe ist noch weit.

Trotz Riesenbedarfs vermag das Privatkapital nicht die Produktion wieder in Gang zu bringen. Solch eine Krise gab es noch nie. Es ist die Endkrise der Privatwirtschaft.

Die Beurteilung der sowjet-russischen Leistungen ändert sich. Schon beginnt die bürgerliche Presse die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Rußlands als ein ungeheures Positivum zu werten. Nur die Presse der Rechts-U. S. P. D. ist noch nicht so weit. Sie ist noch bei den Sozialisierungshalbheiten Hilferdings.

Die Regierung hat uns bis gestern die Ungeheuerlichkeit des Erwerbslosenelends verschwiegen. Erst gestern nannte sie die Millionenzahl der Arbeitslosen. Sie mißbraucht dieses Schreckensminus, indem sie ein Aktivum für Brüssel daraus zu machen sucht. Hier ist kein Herz, kein Wille, sondern eine Spiegelfechterei. Ekelhaft ist diese Art.

Die Uebernahme der Produktion durch das Proletariat schreitet fort. Es gibt keine Macht, die diesen Prozeß aufhalten kann.

Der Versuch, die Privatwirtschaft aufrechtzuerhalten, ist Landesverrat — bürgerlich gesprochen. Nur der Sozialismus schützt das Land.

Franz Jung verhaftet

Kürzlich ist Franz Jung, einer der Hauptgründer der K. A. P. D., in Berlin verhaftet und nach Cuxhaven geschafft worden. Die Arbeiterschaft muß sich für diesen edlen Menschen, der sich mit starkem Heroismus und außerordentlicher Innigkeit in die proletarische Front gestellt hat, einsetzen. Sie darf nicht dulden, daß Weißensee sich in Cuxhaven wiederholt.

Sprechstunden der Redaktion.

Die Sprechstunden der Redaktion sind von jetzt an: Dienstag und Freitag von 11—1 Uhr.

Das Proletarische Theater

Aufruf

zur Gründung des „Proletarischen Theaters", Bühne der revolutionären Groß-Berlins.

Genossinnen! Genossen!

Die ökonomischen Vorbedingungen für den Sieg der sozialen Revolution erfüllen sich von Tag zu Tag zusehends.

Die Hauptaufgabe der Revolutionäre ist Klärung, Stärkung, Vertiefung des revolutionären Bewußtseins, Veränderung der Revolution in den Herzen der Proletarier, in einer revolutionären Weltanschauung.

Die durch die bürgerlichen Bildungseinrichtungen, Volksschule, Volkshochschule, Volksbühne, Kientopp, Presse, genährten Ideologen sitzen in unseren Köpfen. Sie erwarten in uns Achtung vor den kulturellen „Errungenschaften" der kapitalistischen Klasse. Sie hemmen die revolutionäre Bewußtseinseinwicklung.

So müssen sie herausgerissen werden — so muß die Achtung vor der Kultur der Bürger, der Ausbeutungskultur, die Werkzeug der Verherrlichung und Selbsterhaltung und Ausdruck der ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus, erfällt, vom Geiste des Individualismus ist, zerstört werden. Und die proletarische Ideologie — das Bewußtsein, daß der Kommunismus nicht nur eine wirtschaftliche Theorie, sondern eine Weltanschauung ist, daß er eine neue Kultur schaffen will, die aufgebaut wird aus den Gesichtspunkten der proletarischen Arbeitsgemeinschaft und dem Willen zur unmittelbaren Freiheit, muß gefördert und befestigt werden.

Die revolutionäre Kunst ist Mittel zur Entwicklung dieses revolutionären Bewußtseins. Sie organisiert, wie uns Rosa Luxemburg lehrt und es der russische Proletkult zeigt, das Gefühl, sie mobilisiert Köpfe und Herzen für den proletarischen Klassenkampf, sie stärkt das Bewußtsein der proletarischen Klasse von ihrer kulturellen Sendung, sie propagiert Gedanken zum Aufbau der proletarischen Weltanschauung und Kultur.

Wo ist revolutionäre Kunst in Aktion? Etwa in dem kapitalistischen Kientopp am Wedding, am Alexanderplatz, in den Operetten- und Kaffeehäusern in der Friedrichstraße? Etwa in den kapitalistischen Theatern, Operetten- und Kaffeehäusern der Bürger? Etwa in den kleinbürgerlichen Volksbühnen, deren klassenlose rein künstlerische Absichten einem „Volk" dienen, das gar nicht da ist, solange es Ausbeutung gibt und Klassenkampf geben muß, deren Spielplan mit Rücksicht auf den Geldbeutel des Unternehmers sich nach dem verdorbenen Geschmack kleinbürgerlicher Theaterbesucher richtet.

Da ist nicht Geist von unserem Geist.

Revolutionäre Kunst in ihrem lebendigsten dramatischen Ausdruck in Verbindung mit politischer Rede und kultureller Aufklärung will das proletarische Theater vermitteln.

Genossen! Schon heute müssen wir mit dem Aufbau einer solchen revolutionären Tribüne beginnen.

Denn der Kientopp und das bürgerliche Theater, Werkzeuge des bürgerlichen Kulturwillens, verfälschen und lähmen unsern revolutionären Willen.

Geht nicht in den Kientopp, der für uns erst durch den sozialistischen Film fruchtbar gemacht werden kann, geht nicht in die bürgerlichen Theater, die heute vor einer Krise stehen, deren Unternehmer aus kapitalistischen Gründen Arbeiter einsangen, um ihre sich immer mehr leerenden Häuser zu füllen und durch den Anschein sozialer Veranstaltungen die Luxussteuer umgehen wollen.

Helft am Ausbau des Proletarischen Theaters.

Das Proletarische Theater ist gegründet und wird geleitet von Arbeitern und Künstlern.

Das Proletarische Theater will Genossen zu einer sozialistisch-genossenschaftlichen Organisation vereinen, die von seinen Besuchern getragen und verwaltet wird.

Das Proletarische Theater spielt ernste und heitere, satirische Stücke, die den Willen, der Sehnsucht und der Qual des Proletariats Ausdruck verleihen, der revolutionären Besinnung und Erregung dienen und Gedanken einer proletarischen Weltanschauung propagieren.

Das Proletarische Theater hat als Mitwirkende berufene Künstler. Es will schon heute den Versuch machen, Proletarier selbst zu einer dramatischen Gemeinschaft zu vereinen, die ohne Rücksicht auf bürgerliche Kunstdogmen ihrem Lebensgefühl unmittelbaren Ausdruck gibt.

Es wird im Sinne des russischen Proletkults fortlaufend Studienzirkel bilden, die Arbeiter und Künstler vereinen, um die Gedanken einer proletarischen Schauspielkunst zu klären, die Arbeit des Theaters zu befruchten und vorbereitende Arbeit für die Entstehung proletarischer Bühnenwerke zu leisten.

Das Proletarische Theater wirbt um Einzelmitglieder für eine Theatergenossenschaft. Die Mitglieder verpflichten sich zu einem allmonatlichen Besuch der Vorstellung zu einem Einheitspreise von 3 Mark und leisten einen Monatsbeitrag von 75 Pf. Organisierte Arbeiter bezahlen für eine Vorstellung 3 Mark. Für nichtorganisierte Personen gelten höhere Theaterpreise. Die der Theatergenossenschaft beitretenden Organisationen sind am Reingewinn der von ihnen bestellten Vorstellungen beteiligt.

Die Betriebsorganisation. Die Zentrale der Betriebsräte. J. B. der Kriegsopfer. Der Erwerbslosenrat. Turnverein „Fichte". Arbeitermanderbund „Naturfreunde". Deutscher Arbeiter-Theaterbund.

Auf Grund dieses Aufrufs hat sich der „Ausschuß der revolutionären Arbeiter Groß-Berlins für proletarisches Theater" gegründet. Außer den obenstehenden Organisationen sind in ihm vertreten: die U. S. P. D. durch ihren Bildungsausschuß; die K. P. D.; die F. A. P. D.; die Freie Arbeiter-Union; der Deutsche Metallarbeiterverband; der Buchbinder-Verband; die Soz. Prol. Jugend.

Auskunft durch das „Prol. Theater", Dalensee, Kaulsruher Straße 27. Pfalzburg 4515.

•

Das Proletarische Theater eröffnet seine Spielzeit am 14. Oktober. Das Programm der Oktoberabende ist: Gegen den weißen Schrecken für Sowjet-Rußland. Die Stücke dieses Abends sind: 1. Der Krüppel: von Haidvogel, 2. Vor dem Tore, Stück eines ungarischen Genossen gegen den weißen Schrecken 3. Rußlands Tag, Stück des proletarischen Theaters. Diese Vorstellungen finden statt am 13., 14., 21. und 28. Oktober Hasenheide 13, 16. und 30. Oktober Engelufer 15., 20. und 27. Oktober Müllerstraße 142, 22. und 29. Oktober Wilsnerstraße 24. Karten sind zu haben bei den folgenden Stellen: Norden: Danziger Straße 71, Klug (Lokal); Tegeler Straße 15, J. G. d. Kriegsopfer für Arbeitslose; Linienstr. 84, Metallarbeiterverband; Nordosten: Hufelandstr. 32, Paris (Lokal); Zentrum: Breite Str. 8-9, Buchhandlung „Freiheit"; Münzstr. 24, Zentrale der Betriebsräte; Schicklerstr. 5-6, Arbeiter-Bildungsschule; Klosterstr. 22, Erwerbslosenrat (für Arbeitslose); Osten: Weberstr. 6, Voß; Warschauer Str. 42, Buchbinderverband; Copernicus Straße 108, „Sportverein Fichte", Südwesten: Wilhelmstr. 28 IV (1—6); R...

(Schluß siehe 4. Seite.)

Deutsch-Russische Wirtschaftskorrespondenz

Auskünfte über alle Fragen der Interessengemeinschaft erteilt die Geschäftsstelle: Leipzig, Kantstraße 19

Mitteilungsblatt der Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland
Zentrale: Leipzig, Kantstraße 19

Versammlungsberichte und sonstige Mitteilungen für die Presse müssen bis Dienstag abend der Geschäftsstelle Leipzig, Kantstraße 19, angehen. Inserate müssen direkt beim Verlag Räte-Zeitung aufgegeben werden.

Die Reichskonferenz der Interessengemeinschaft

Achtung! Reichskonferenz!

Am Sonnabend (Samstag), den 9. Oktober 1920, vormittags 9 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Berlin, Engelufer, eine Vorkonferenz statt, zu der nur die Delegierten und Vollzugsräte Zutritt haben.

Sonntag, den 10. Oktober 1920, vormittags 9 Uhr, im Weinhaus „Rheingold", Muschelsaal, Berlin (Eingang Potsdamer Straße 5):

Reichskonferenz.

Tagesordnung:

1. Präsenzliste.
2. Mandatsprüfungskommission.
3. Begrüßungsansprache des Genossen, Professor der Moskauer Bergakademie, Nikolai Fedorowski.
4. Wirtschaftlicher Aufbau Sowjet-Rußlands. Referent: Genosse Dr. Goldschmidt.
5. Einwanderung deutscher Arbeiter nach Sowjet-Rußland. Referent: Genosse Radzanowski, Duisburg.
6. Bericht des Vollzugsrates:
   a) Vollzugsratsbericht. (Genosse Rodenstock-Duisburg).
   b) Kassabericht. (Genosse Keller-Leipzig.)
   c) Presse. (Genosse Schabinsky-Berlin.)
7. Reorganisation der Interessengemeinschaft und der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland. Referent: Genosse Rothmund-Augsburg.
8. Anträge.

Jeder Delegierte muß mit einem Mandat von seiner Vereinigung versehen sein, auf welchem die Mitgliederzahl seiner Vereinigung, der Name des Delegierten, der Stempel der Vereinigung und die Unterschrift des Vollzugsratsmitgliedes zu ersehen ist.

Das Eintreffen jedes einzelnen Delegierten und Vollzugsratsmitgliedes wird längstens bis zum 9. Oktober 1920, vormittags 8 Uhr, in unserem Büro in Berlin, Louisenstr. 28, erwartet.

Mit revolutionärem Gruß!

Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland.

J. A.: Der geschäftsführende Ausschuß.

•

Achtung! Auswanderer!

Die russisch-technische Kommission wird seit ihrem Hiersein mit persönlichen und brieflichen Anfragen geradezu überschüttet. Wir machen darauf aufmerksam, daß Anfragen nur an die Interessengemeinschaft zu richten sind und durch die Interessengemeinschaft erledigt werden.

Alle Bewerbungen, welche bei der russisch-technischen Kommission einlaufen, werden der Interessengemeinschaft zur weiteren Behandlung überwiesen.

Im übrigen verweisen wir an die Adressen unserer Vereinigungen, welche in Nr. 33 (Sonder-Nummer) bekannt gemacht wurden.

Bei jeder Anfrage ist das Rückporto mit einzusenden.

Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland.

Berlin NW. 6, Louisenstr. 28 I, links.
Der geschäftsführende Ausschuß.

Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland.

Der Sitz der Interessengemeinschaft ist von Leipzig nach Berlin verlegt worden. Wir bitten, von jetzt ab alle Sendungen unter der Adresse:

An die
Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen
nach Sowjet-Rußland.
Berlin NW 6,
Louisenstr. 28 I, links.

zu senden.

•

Anträge zur Reichskonferenz.*)

Abfindungen:

Antrag Hamburg IV.

Die Vereinigung „Ansiedlung Osten" Sitz Hamburg beantragt als gesonderten Punkt der Tagesordnung auf der Reichskonferenz Folgendes zu setzen.

Kapitalabfindungen der Invaliden, sowie Militärrentner und Auslandsdeutschen. (Ehemalige Internierte.)

Rückerstattung eingezahlter Versicherungsprämien.

Ansiedlung:

Antrag Hamburg II.

Beantragen nach Möglichkeit die Uebernahme der Sowjet-Güter im Gouvernement Moskau.

Antrag Weimar I.

Es wird von der Reichskonferenz verlangt, alles Mögliche zu tun, um den Abtransport der Siedler noch in diesem Jahre sicherzustellen, da sonst die größte Unruhe entstehen würde.

Ärztliche Untersuchung:

Antrag Beuthen III.

Eine gesundheitliche Ablehnung durch den Arzt hat die Rückzahlung des Eintrittsgeldes durch die Ortsgruppe zur Folge.

*) Ein Teil der Anträge dürfte durch die Tatsachen überholt sein.

Beiträge und Aufnahmen:

Antrag Fürth I.

Für neueintretende Mitglieder in den Vereinigungen beträgt ab 1. August 1920:

a) das Eintrittsgeld 5 Mark
b) die Extrabeiträge 45 Mark.

Antrag München II.

Die Reichskonferenz möge beschließen, daß von allen Vereinigungen resp. Ortsgruppen Neuaufnahmen von Genossen nur bis zu einem von der Konferenz zu bestimmenden Termin gemacht werden dürfen.

Alle nach diesem Termin hinzutretenden Genossen hätten sich dann analog unserer bestehenden Organisation zu bilden und alle Instanzen neu zu wählen.

Zweck dieser Maßnahme soll sein, eine reinliche Scheidung der Aktiven der bestehenden Vereinigungen herbeizuführen.

Büro-Sitz-Verlegung:

Antrag Hamburg III.

Die Reichskonferenz wolle beschließen, den Sitz der „Interessengemeinschaft der Auswanderer nach Sowjet-Rußland (Ansiedlung Ost)" von Leipzig nach Berlin zu verlegen unter Ablehnung des Nachsatzes des § 10 des Statutes der Interessengemeinschaft. Die Wahl des geschäftsführenden Ausschusses erfolgt auf der Reichskonferenz.

Antrag München III.

Die Reichskonferenz möge beschließen, daß als Sitz der Interessengemeinschaft in Rußland nach erfolgter Abwanderung der Ortsgruppe Leipzig eine zentral gelegene Stadt (Moskau oder Petersburg) bestimmt werde, da die Lage der Kolonie eine schnelle Benachrichtigung erschwert.

Diktatur:

Antrag Breslau I.

Die Mitglieder obengenannter Vereinigung stellen den Antrag, daß, wenn die J. G. A. O. auf neuen Grundlagen aufgebaut werden soll, unter allen Umständen das Bestimmungsrecht der Mitglieder der J. G. A. O. gewahrt bleibt.

Wenn auch anerkannt werden muß, daß nur eine unbedingt strasse Disziplin uns zum Ziele führen kann, so geht es doch nicht an, daß der Wille der Mitglieder nicht anerkannt werden soll, obwohl bei der Gründung der Organisation die Grundlagen des Rätesystems maßgebend sein sollten.

Entschädigung:

Antrag Berlin I.

Die Reichskonferenz möge dahin wirken, daß die Entschädigungskommission für Auslandsdeutsche den abreisenden Genossen die zuständige Entschädigung (Vorentschädigung) sofort auszahlt.

Antrag Leipzig-Pegau-Groitzsch I.

Die Anträge, betr. sofortige Auszahlung der Entschädigung der Auslandsdeutschen ohne Diskussion abzulehnen. Zur Begründung des Antrages, welcher äußerst richtig erscheint und einschneidende Bedeutung für die Auslandsdeutschen hat, ersuchen wir, dem Genossen Wagner, welcher Vorsitzender der hiesigen Ortsgruppe der Auslandsdeutschen ist das Wort zu erteilen.

Antrag Duisburg I.

Die Reichskonferenz wolle beschließen, daß den Auswanderern, welche ihre Familienmitglieder nicht gleich mitnehmen können, ein bestimmtes Einkommen garantiert wird.

Existenz:

Antrag Beuthen I.

Unter vollem Verständnis der schweren ökonomischen Lage des Proletariats in Sowjet-Rußland ist unsere Mitarbeit am Wiederaufbau Sowjet-Rußlands unerschütterlich. Wir beantragen, jedoch Gewähr dafür zu haben, bei einer unmöglichen Existenz in Sowjet-Rußland durch Sowjet-Rußland uns kostenlos in die Heimat zurückzuführen, da Deutschland die Verantwortung für seine nach Sowjet-Rußland abwandernden Landeskinder ablehnt.

Fabrikübernahme:

Antrag Hamburg V.

Die Industriegruppe der „Ansiedlung Osten" Sitz Hamburg, beantragt:

Als besonders qualifizierte Arbeiter des Transportwesens für den ersten Transport berücksichtigt zu werden, und daß ihnen nach Möglichkeit eine Fabrik in Kolomna zur Verfügung gestellt wird.

Wir beantragen nun die Bewilligung unseres Problems und die Zusicherung vollkommen freie Hand zu haben, soweit es natürlich die Gesetze der Kommunen nicht verletzt. Von unserer Seite sind alle Maßnahmen zur Verwirklichung des Problems getroffen und sind mit Aerzten und allem in Frage kommenden Personal ausgerüstet.

Notwendig wird es sein, daß die Sanitätsgruppe in ihrer jetzigen Zusammensetzung als Vortrupp in Frage kommen wird, um die Umgegend von einer eventuell dort herrschenden Epidemie zu säubern und somit den Gesundheitszustand der Genossinnen und Genossen von vornherein möglichst sicherzustellen.

Wir betonen nochmals, daß es sich um ein Unternehmen großen Stiles handelt, wir also mit Verbandszeugen, Medizinen und Instrumenten äußerst reichlich versehen werden müssen.

Termin, Abruf:

Antrag München IV.

Die Reichskonferenz möge dahin beschließen, daß die Zeitspanne zwischen telegraphischem Abruf und der Abreise mindestens 10—14 Tage beträgt.

Antrag Berlin II.

Die Reichskonferenz soll dafür eintreten, daß bezüglich der Industriearbeiter nicht nur von Leipzig der erste Transport abgeht, sondern alle Bezirke beteiligt sind, falls nicht in sich abgeschlossene Fabrikationsgruppen irgendeines Bezirkes, die zum 1. Transport fertig und bereitstehen, nach Verlangen der russischen Kommission abtransportiert werden sollen.

Antrag Beuthen II.

Die politisch unklare Lage Oberschlesiens erfordert es, daß die durch ihre palitische Tätigkeit in ihrer Existenz bedrohten Mitglieder, für die Abwanderung in erster Reihe in Frage kommen.

Hamburg I.

Die Reichskonferenz wolle beschließen, den Abtransport der Mitglieder aus Nordwestdeutschland von Hamburg aus vornehmen zu wollen.

Antrag Hamburg VII.

Die Reichskonferenz beschließt, daß sämtliche Genossen, welche als Delegierte für die Vereinigungen, sowie die Interessengemeinschaft in Rußland waren, verpflichtet werden, mit dem ersten Transport nach Rußland zu gehen.

Antrag Leipzig I.

Sämtliche Funktionäre der Interessengemeinschaft einschl. der Delegierten haben auf Beschluß des Vollzugsrates abzuwandern.

Antrag Leipzig II.

Die Reichskonferenz wolle beschließen, daß der Abtransport der Siedler nach dem Eintrittstermine zu erfolgen hat.

Zeitschriften.

Antrag Duisburg IV.

Die Reichskonferenz möge beantragen, daß nach unserer Uebersiedlung nach Rußland stets die bekanntesten technischen Zeitschriften etc. übermittelt werden.

Zentralorganisation:

Antrag Leipzig III.

Die Reichskonferenz beschließt, daß die Interessengemeinschaft in eine Zentral-Organisation umzugestalten ist. Der Sitz beschließt die Reichskonferenz.

Nachtrag.

Antrag Breslau vom 30. 9. 20.

Die am 28. September 1920 stattgehabte Mitgliederversammlung der Interessengemeinschaft Ortsgruppe Breslau beschloß einstimmig folgenden Antrag an die Vorbesprechung der Reichskonferenz zu stellen:

Die Ortsgruppe Breslau erhebt zum Antrag: Den am 16. September 1920 von der Ortsgruppe Breslau gestellten Antrag an die Reichskonferenz — betreffend Diktatur von oben — diesen zurückzuziehen, beziehungsweise der Reichskonferenz nicht zu unterbreiten.

Dieser Antrag wurde von dem Genossen Stockfisch unter Vorbiegelung falscher Tatsachen verfochten, um in unseren Reihen Zersplitterung zu treiben. Dieser Genosse Stockfisch ist bereits wegen dieses Verhaltens aus unserer Vereinigung ausgeschlossen worden. Ausführliches werden unsere Delegierten bei der Vorbesprechung der Reichskonferenz selbst begründen.

Antrag München I.

Die Reichskonferenz möge bei der russischen Delegation dahin wirken, daß der Vereinigung Südbayern zum Zwecke der Steigerung der Arbeitsleistung der einwandernden Arbeiter dieser Gruppe die Motoren-Fabrik bei Moskau zugewiesen werde, da die weitaus größte Mehrzahl der Mitglieder dieser Vereinigung in der Motorenindustrie beschäftigt ist oder war, und infolgedessen hier einer Beschäftigung in dieser Branche am produktivsten tätig sein könnte.

Lebenshaltung:

Antrag Berlin III.

Außerordentlicher Antrag für die Reichskonferenz:

Da es feststeht, daß bezüglich der Ernährung die uns in Rußland zugewiesene rationierte Fettmenge nicht ausreichend ist und andererseits die Höhe des Verdienstes den Erwerb von Fettigkeiten im Wege des Schleichhandels nicht gestattet, wird von der Reichskonferenz erwartet, von der russischen Delegation noch diesbezügliche Zusicherungen zu verlangen.

Antrag Hamburg VI.

Beantragen, den § des Vertrages, betreffend die Sicherstellung des Lebensmittelunterhaltes der zurückbleibenden Familienangehörigen, präziser zu formulieren.

Polnische Staatsangehörige:

Antrag Duisburg III.

Die Reichskonferenz möchte sich dafür einsetzen, daß den früher russischen, jetzt polnischen Staatsangehörigen eine Auswanderung nach Sowjet-Rußland ermöglicht wird.

Russche Kriegsgefangene:

Antrag Weimar II.

Die Reichskonferenz möge darauf hinwirken, daß denjenigen russischen Kriegsgefangenen, welche noch in Deutschland sind (eventuell hier verheiratet und mit der „Interessengemeinschaft" auswandern wollen, keine Schwierigkeiten von den Behörden in den Weg gelegt werden.

Sanitätswesen:

Antrag Hamburg VIII.

Die Sanitätsgruppe des Vereins „Ansiedlung Osten" Sitz Hamburg, legt Folgendes der Reichskonferenz vor:

Die Sanitätsgruppe Hamburg ist derartig großzügig aufgebaut, daß sie imstande ist, ein modernes Krankenhaus in den Kommunen zu errichten, welches gleichzeitig Erholungsheim, Wöchnerinnenheim, Kinderheim und ähnliche Einrichtungen einschließen soll.

Das Krankenhaus soll der gesamten Industrie Moskaus, die zum größten Teil von deutschen Genossen besetzt werden wird, sowie den Sowjet-Kommunen an Moskaus Peripherie als Heilstätte dienen.

Hierzu benötigen wir vor allen Dingen ein geeignetes Gut zur Gartenbewirtschaftung, wo uns der größte Spielraum zur Verwirklichung des Problems geboten wird.

Dann benötigen wir der gesamten maschinellen Einrichtungen, wie Motore, Dynamos, Zentralheizungsanlage etc. Des weiteren fordern wir an: Verkehrsmöglichkeiten, Krankenwagen, Krankenautomobile. Vor allen Dingen jedoch alle chirurgischen Instrumente, sowie die volle Ausrüstung einer chirurgischen und medizinischen Station. Das Letztere muß in großen Quanten angeschafft werden, um für längere Zeiten versorgt zu sein.

(Fortsetzung nächste Seite.)

West: [illegible] r. 28, Räte-Zeitung; Lichtenberg: Gürtelstraße 25, Buchhandlung; Neukölln: Reglin, Schönkinstraße 24; Charlottenburg: Galvanistr. 1, Schwarting (Laden); Schöneberg: Apostel-Paulus-Str. 33, Baum; Köpenick: Kaiserin-Augusta-Viktoria-Str. 8, Jülich. Die Preise für die Vorstellungen im Oktober sind: für Arbeitslose 1 M., für Nichtorganisierte 5 M., für Organisierte 3 M. Ferner sind Karten zu haben bei den Funktionären, in den Organisationen und Betrieben. Das Proletarische Theater wird zur Bühne der revolutionären Arbeiter Groß-Berlins ausgebaut. Es hat sich ein Ausschuß der revolutionären Arbeiter Groß-Berlins für Proletarisches Theater gegründet, zu dem die Bildungsausschüsse der revolutionären Parteien, größerer Gewerkschaften und anderer Organisationen Vertreter entsenden. Der Ausschuß wird eine Proletarische Theater-Vereinigung ins Leben rufen, die nach sozialistischen Grundsätzen aufgebaut wird. Es liegen in den Kartenstellen Einschreiblisten aus für diese Vereinigung; die Funktionäre in den Betrieben und Organisationen tragen solche Listen bei sich. Einschreibgebühr 75 Pfg., Mitgliedsbeitrag 3 M., berechtigt zum Besuch einer Vorstellung im Monat. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle: Berlin-Halensee, Karlsruher Str. 27 I r., Pfalzburg 4515.

Bezirk Spremberg, N.-L.

Die Mitglieder des Bezirks Spremberg nahmen am 17., 21 und 24. September zu verschiedenen Fragen, insbesondere zu der Auswanderung der hiesigen Ausländer Stellung. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach sämtliche Ausländer beim nächsten Transport berücksichtigt werden sollen. Zur Reichskonferenz wird Genosse Jerke delegiert. Die Kosten werden den Mitgliedern auferlegt. Ein Antrag auf Ausschluß des Mitgliedes Naden, welcher sich als Spitzel entpuppte, wurde angenommen. Naden wurde nach diesem Beschluß aus dem Saale gewiesen, wobei er erklärte, in acht Tagen bin ich in Rußland, meine Mitgliedskarte liefere ich nicht ab, mit der mache ich, was ich will.

Ansiedlung „Osten", Sitz Hamburg.

Die Geschäftsstelle Ansiedlung „Osten", Sitz Hamburg, befindet sich vom 1. Oktober d. J. an Diederichstr. 19 bei Räte-Zeitung.

Heitmann, Telephon Merkur 3070. —Baumann.

Erklärung.

In Nr. 26 des Mitteilungsblattes ist eine Bekanntmachung der Beauftragten des Vollzugsrates erschienen. Es wird auf einen Beschluß des Vollzugsrates hingewiesen, daß ich bis auf weiteres keine Funktion ausüben darf. Dieses entspricht nicht den Tatsachen. Richtig ist, daß ich mein Mandat zur Verfügung gestellt habe und mich jeder Funktion so lange enthalte, bis das Untersuchungsverfahren, welches ich selbst beantragt habe, abgeschlossen ist. Der angegebene Beschluß ist auf einer Vollzugsratssitzung nicht gefaßt worden.

H. Gumprich.

Der Lohnkampf der englischen Bergarbeiter

Von Arpredes.

Wie der Kampf der englischen Bergarbeiter gegen das englische Bergwerkskapital und seine schlauen Helfershelfer in der englischen Regierung ausgehen wird, ist im Augenblick noch nicht abzusehen. So sehr sich die englischen Bergarbeiterführer, Smillie und Hodges, auch bemühen, den Streik zu vermeiden, so ist es bei der bisher von den Unternehmern gezeigten Starrköpfigkeit und Verschmitztheit doch leicht möglich, daß der Streik zur Tatsache wird. Es scheint fast, als ob der größte Teil der Unternehmer es auf einen Streik um jeden Preis angelegt hat.

Wie die Exekutive der Bergarbeiter vor kurzem in der Verhandlung mit dem Präsidenten des Board of Trade, Rob. Horne, betonte, sei die Lohnerhöhung von 2 Schilling bezw. 2 Schilling 9 Pence von der Regierung bereits zugesagt, und man versteht es darum um so weniger, daß die Regierung darauf besteht, daß jede Entscheidung in Lohnfragen einem von der Regierung eingesetzten Industrie-Ausschuß vorbehalten bleiben soll. Der Zweck dieses Industrie-Ausschusses ist natürlich so eindeutig klar, daß man sich in Bergarbeiterkreisen mit vollem Recht über dieses schlaue Verfahren, auf jeden Fall den Grubenkapitalisten den größten Einfluß bei den Lohnverhandlungen zu sichern, empört.

Alle Vorschläge der Bergarbeiter-Exekutive auf gründliche Nachprüfung der Lohnforderungen hat die Regierung rundweg abgelehnt. Die Bergarbeiter hatten vorgeschlagen, ein paritätisches Komitee zu bilden, das die Ursachen des Sinkens der Förderziffer klarstellen sollte; sie hatten vorgeschlagen, daß der Preis der Haushaltskohlen durch die Lohnerhöhung nicht gesteigert werde; sie hatte von der Regierung eine Garantie darüber verlangt, daß die bisherige Unsicherheit in der Regierungskontrolle über die Preisbildung beseitigt wird und die Unternehmer nicht mehr nach Willkür auf Kosten der Allgemeinheit sich die Taschen füllen. Auf alle diese Vorschläge und Anträge ist die Regierung gar nicht eingegangen.

Ein großer Teil der Bergarbeiterschaft ist mit der Überaus nachgiebigen Führung der Verhandlungen durch Smillie und Hodges ganz und gar nicht zufrieden und meint, daß bei dieser Nachgiebigkeit den Unternehmern Gutes herauskommen kann. Die Führer hätten außerdem die ihnen gegebenen Richtlinien schon viel zu weit überschritten. Der Präsident des Board of Trade, Rob. Horne, heuchelt natürlich auch Enttäuschung darüber, daß die Bergarbeiter nicht einsehen wollen, wie unparteiisch der Industrie-Ausschuß über die Lohnerhöhungsfrage urteilen wird. Er wiederholte bei den letzten Verhandlungen mit der Exekutive, daß die Regierung bereit sei, alle Forderungen der Bergarbeiter, soweit sie mit der allgemeinen Verteuerung des Lebensunterhalts übereinstimmen und über Erhöhungen in anderen Branchen nicht hinausgehen, zu unterstützen. Die ganze Angelegenheit müsse jedoch einem unparteiischen Tribunal unterbreitet werden.

Smillie und Hodges betonten, daß es ganz unerklärlich sei, warum ausgerechnet die Bergarbeiter, d. h. über eine Million Volksgenossen, jetzt vor einen besonderen Industrie-Ausschuß zitiert werden sollen, wenn sie eine Lohnerhöhung haben wollen, und warum etwa 40 000 Grubenbesitzer und Aktionäre, wenn sie die Preise ihrer Erzeugnisse festsetzen, machen können, was sie wollen. Weiter wiesen die Führer darauf hin, daß die Lebensunterhaltspreise seit der letzten Lohnerhöhung viel mehr gestiegen seien, als die jetzige Lohnforderung ausmache, daß die Unternehmer ganz ungerechtfertigt hohe Kohlenpreise festgesetzt haben, die sich mit der allgemeinen Teuerung nicht in Einklang bringen lassen und daß diese Grubenkapitalisten weder ihr Leben noch ihr Vermögen riskieren, während die Bergarbeiter stets ihr Leben wagen. (Nach der Unfallstatistik verunglücken im Bergbau täglich 2 Personen tödlich und 170 000 erleiden im Jahre körperliche Schäden.)

Seit der letzten Lohnerhöhung im März d. J. sind die Lebensunterhaltskosten um 31 Prozent gestiegen, seit 1914 um 161 Prozent. Das Existenzminimum betrug 1914 2 Pfund Sterling und 5 Schilling und würde heute in Anbetracht der Teuerung 5 Pfund 17 Schilling 5 Pence betragen für eine Woche.

Alle diese Hinweise haben der Regierung nicht genügt, sich davon zu überzeugen, daß eine gerechte Entscheidung auch ohne den sogenannten Industrie-Ausschuß möglich ist. Sie läßt sich in den Text der einstudierten Rolle als Beschützer des Bergwerkskapitalismus einfach nichts hineinreden. In der Tat, es ist kein Zweifel mehr möglich darüber, wer den Streik braucht: die Bergleute oder die Grubenbesitzer. Auch die für die Regierung hinreichend beschämende Tatsache, daß der Ernährungskontrolleur Herr Curdy dem Präsidenten des Board of Trade mit der amtlichen Feststellung in die Parade fährt, wonach die Nahrungsmittelpreise sehr wahrscheinlich bis Weihnachten fröhlich weiterklettern werden, diese Tatsache kann doch nur zugunsten der Arbeiter sprechen und ihre berechtigten Lohnforderungen unterstützen. Wir glauben kaum, sagt der Leitartikler des „Daily Herald", daß Herr Curdy seinen Kollegen gefragt hat, ehe er diese Rede aus dem Stalle ließ.

Genau genommen führen die Bergleute diesen Kampf viele weniger im eigenen, als vielmehr im Interesse der Kohle verbrauchenden Bevölkerung überhaupt, denn die geforderte geringe Lohnerhöhung wird bald durch das Steigen der Lebensmittelpreise wettgemacht sein. Um so schlimmer, daß die Regierung sich so starrköpfig für die Interessen der Unternehmer „aufspielt".

Auch die Verhandlungen eines Ausschusses der Triple-Alliance der Arbeiter (der Bergleute, der Eisenbahner und der Transportarbeiter) haben die kritische Lage nicht mehr ändern können. Lloyd-George wollte natürlich seinen Unterkollegen Horne nicht verleugnen und blieb allen Vorschlägen der Arbeiter gegenüber fest. Er gab dem von etwa 500 Delegierten der genannten drei Verbände gewählten Ausschuß den „guten Rat": Sie möchten sich einen Streikbeschluß doch sehr überlegen. Für die Regierung gebe es nur zwei Möglichkeiten: entweder es komme durch die Entscheidung eines unparteiischen Tribunals (Industrie-Ausschuß) eine Einigung zustande, oder die Regierung, die Grubenbesitzer und die Bergarbeiter schaffen ein System zur Vermehrung der Kohlenförderung. In diesem letzteren Falle könne er den Bergarbeitern versprechen, daß man ihnen eine bessere Lohnerhöhung als die gegenwärtig beantragte bewilligen würde. Daß dieser famose Vorschlag Herrn Lloyd-George ähnlich sieht und kaum den Beifall der Arbeiter finden wird, ist klar.

Spielplan des Walhalla-Theaters ab 1. Oktober 1920.

Täglich abends 7½ Uhr, Sonntags nachmittags 3½ und abends 7½ Uhr: Gastspiel Wilhelm Hartstein in „Der Stolz der 3. Kompagnie."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Alfons Goldschmidt.
Druck von Arthur Lehmann, Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 40-41.

Buchhandlung
Räte-Zeitung
NW 6, Luisenstraße 28

Genossen!
Kauft Eure Bücher
nur bei der
Räte-Zeitung

Tätowierung
echt ohne Berufsstörung
C. Weissert
& G. Andres
Invalidenstraße 147
Sprechstunden 10-12 u. 4-8 Uhr

Deutsch-russische Wirtschaftskorrespondenz
Sondernummer der „Räte-Zeitung", enthält die abgeschlossenen Verträge der „Interessengemeinschaft" mit der Sowjet-Regierung. Zu beziehen durch die Zentrale der „Interessengemeinschaft" Leipzig, Kantstraße 19. Preis M. 0,90 exkl. Porto.

Kostenlose Augen-Untersuchung
Riegel
Spittelmarkt 6-10
im Hause Zuntz
Für passende Gläser
auf jedes Glas wird garantiert.
Reparaturen von M. 4.50 an.
Große Auswahl in
Zeiss-, Goerz- und
Kassenbrillen
für Theater, Reise und Sport
Ankauf von Altgold und Platin zum Tagespreis.

Genossen sorgt für weiteste Verbreitung Eures Blattes!

Mitglieder der Ansiedlung Ost
lest und verbreitet
die Schrift des Genossen Eberhard Fink
Die Agrarkommune
Wirtschaftsprogramm für Landbau, Forst, Fischerei und die Landindustrie!
Bestellt dieselbe im Buch-Verlag „Räte-Bund"
Berlin NW 6, Luisenstraße 28.
Diese äußerst billige Schrift ist für Euch, die Ihr als Siedler nach Rußland geht, ungemein wichtig!

Das erste Wirtschaftsbuch über Sowjet-Rußland
Vom Genossen Alfons Goldschmidt ist im Verlag von Ernst Rowohlt, Berlin
„Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Rußlands"
erschienen.
Unentbehrlich für alle, die die Wirtschaftsarbeit Sowjet-Rußlands kennenlernen und wissen wollen, wie eine proletarische Wirtschaft aufgebaut wird.
Unentbehrlich besonders für Betriebsräte und Gewerkschaften.
Für Organisationen zu Vorzugsbedingungen nur durch die „Räte-Zeitung".

Zähne 4 Mark! 7.— Mark
mit echtem
Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!
Kronen von 30 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zahnpraxis Hatvani
Danziger Straße 1
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9—12, 2—7, Sonntags und Feiertags 9—2.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

1- oder 2-Kinder-System?
Neue sittlich ernste Broschüre über natürliche Beschränkung der Kinderzahl. Bei Voreinsendung M. 1.—, Nachnahme M. 2.— portofrei von
J. W. O. Zenisch, Mittweida I. Sa., Lauenhain 30a.
Viele Dankschreiben!

Parteigenossen! Platina, Zahngebisse, Goldabfälle, Silbersachen, Messing, Kupfer, Zinn, Blei, Höchstzahlend.
Metallschmelze Christonat, Reichenberger Straße 22 (Kottbuser Tor).

Kautschokstempel
liefert schnellstens
G. Zietemann
BERLIN N. 31
Hermsdorferstr. 5

Walhalla-Theater
am Rosenthaler Platz
Heute und folgende Tage 7½ Uhr
Wilhelm Hartstein
in
Der Stolz der 3. Kompagnie
und das große Programm.
Sonntags 2 Vorstellungen.

Bitte hier abtrennen und an das nächste Postamt senden

Bestellschein.

Ich abonniere hiermit auf die in Berlin einmal wöchentlich erscheinende

„Räte-Zeitung"

für das III. Quartal 1920 zum Preise von M. 4,80 und wünsche freie Zustellung ins Haus.

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

An das Postamt in: _____